



22.3567

Motion Chiesa Marco.

**Stärkung der einheimischen
Lebensmittelproduktion durch Aufschub
des Vorhabens, mindestens 3,5 Prozent
der offenen Ackerflächen neuen
Biodiversitätsförderflächen zu widmen**

Motion Chiesa Marco.

**Renforcer la production de denrées
alimentaires indigènes en reportant
le projet visant à consacrer
3,5 pour cent des surfaces
de terres ouvertes
aux nouvelles surfaces de biodiversité**

Mozione Chiesa Marco.

**Potenziare la produzione di derrate
alimentari indigene posticipando
il progetto che mira a convertire
il 3,5 per cento della superficie
coltiva in nuove superfici
per la biodiversità**

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 21.09.22
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 14.12.22

22.3606

Motion Salzmann Werner.

Abhängigkeiten vom Ausland reduzieren

Motion Salzmann Werner.

**Réduire notre dépendance
aux importations**

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 21.09.22
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 14.12.22





22.3610

Motion Rieder Beat.
Nahrungsmittelproduktion hat Vorrang

Motion Rieder Beat.
Priorité à la production
de denrées alimentaires

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 21.09.22
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 14.12.22

22.3795

Motion Gapany Johanna.
Ziel zur Verringerung
von Nährstoffverlusten senken

Motion Gapany Johanna.
Demande de révision à la baisse
de l'objectif de réduction des pertes
des éléments fertilisants

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 21.09.22
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 14.12.22

22.3567

Antrag der Kommission
Ablehnung der Motion

Proposition de la commission
Rejeter la motion

22.3606

Antrag der Mehrheit
Ablehnung der Motion

Antrag der Minderheit
(Friedli Esther, Aeschi Thomas, Amaudruz, Burgherr, Dettling, Martullo, Müller Leo, Paganini, Regazzi, Ritter, Tuena)
Annahme der Motion





Proposition de la majorité
Rejeter la motion

Proposition de la minorité
(Friedli Esther, Aeschi Thomas, Amaudruz, Burgherr, Dettling, Martullo, Müller Leo, Paganini, Regazzi, Ritter, Tuena)
Adopter la motion

22.3610

Antrag der Mehrheit
Annahme der Motion

Antrag der Minderheit
(Bertschy, Badran Jacqueline, Baumann, Bendahan, Birrer-Heimo, Glättli, Grossen Jürg, Michaud Gigon, Ryser, Wermuth)
Ablehnung der Motion

Proposition de la majorité
Adopter la motion

Proposition de la minorité
(Bertschy, Badran Jacqueline, Baumann, Bendahan, Birrer-Heimo, Glättli, Grossen Jürg, Michaud Gigon, Ryser, Wermuth)
Rejeter la motion

22.3795

Antrag der Mehrheit
Annahme der Motion

Antrag der Minderheit
(Bertschy, Badran Jacqueline, Baumann, Bendahan, Birrer-Heimo, Glättli, Grossen Jürg, Michaud Gigon, Ryser, Wermuth)
Ablehnung der Motion

Proposition de la majorité
Adopter la motion

Proposition de la minorité
(Bertschy, Badran Jacqueline, Baumann, Bendahan, Birrer-Heimo, Glättli, Grossen Jürg, Michaud Gigon, Ryser, Wermuth)
Rejeter la motion

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten.

Dettling Marcel (V, SZ), für die Kommission: Ich spreche für die Kommission zu den Motionen Gapany 22.3735, Rieder 22.3610, Salzmann 22.3606 und Chiesa 22.3567. Diese Motionen verlangen Anpassungen am Kurs des Bundesrates in der Ernährungspolitik.

Der Bundesrat hat im April neue Massnahmen beschlossen, die zu einer Produktion von massiv weniger Lebensmitteln in der Schweiz führen. Die Massnahme, auf der offenen Ackerfläche neu 3,5 Prozent Biodiversitätsförderflächen auszuscheiden, führt dazu, dass wir 10 000 Hektaren bestes Ackerland in der Schweiz für die Produktion aufgeben müssen. Auf diesen 10 000 Hektaren könnte Getreide angepflanzt werden, das Brot für eine Million Menschen in der Schweiz hergeben würde. Wenn dieses Getreide nicht in der Schweiz



angepflanzt werden kann, wird es entsprechend importiert. Für die Mehrheit der Kommission ist das nicht akzeptabel. In einer Zeit, in welcher in der Kornkammer Europas, der Ukraine, Krieg herrscht, ist es nicht zu verantworten, sich auf Importe zu verlassen. Auch ist es nicht verantwortlich, sich auf dem Weltmarkt das Essen für die reiche Schweiz zu besorgen, dies vor dem Hintergrund, dass jährlich über 800 Millionen Menschen von Hunger bedroht sind. Mit jedem Kilo zusätzlicher Importe essen wir also die Nahrung Bedürftiger weg. Bereits im Jahr 2012 hatte die Food and Agriculture Organization (FAO) aufgezeigt, dass die Landwirtschaft die Produktion bis 2050 um 50 Prozent steigern muss. Warum? Weil die Weltbevölkerung rasant wächst. Erst kürzlich wurde der achtmilliardste Mensch geboren, jede Sekunde kommen zwei Babys zur Welt. Alle diese Menschen wollen etwas essen. Bis 2050 wird mit zehn Milliarden Menschen auf der Welt gerechnet. So ist es für die Mehrheit der Kommission nicht verantwortbar, dass auf den besten Böden der Schweiz nicht Nahrungsmittel produziert werden. Die Importstrategie des Bundes ist keine nachhaltige Strategie. Zudem macht die Landwirtschaft bereits heute viel mehr für die Biodiversität, als vom Gesetzgeber vorgeschrieben ist. Pflicht ist heute ein Anteil von 7 Prozent Biodiversitätsförderflächen, die Schweizer Bauern weisen fast dreimal mehr aus. Ganze 19 Prozent Biodiversitätsförderflächen werden heute von den Bauern unterhalten und gepflegt, 78 Prozent dieser Flächen sind sogar vernetzt. Aus all diesen Gründen empfiehlt Ihnen die Mehrheit Ihrer Kommission, die Motion Rieder anzunehmen. Die vom Bundesrat beschlossene 3,5-Prozent-Regel ist somit aufzuheben.

AB 2022 N 2386 / BO 2022 N 2386

Eine Minderheit ist der Ansicht, dass die Versorgung mit Lebensmitteln auch während der Pandemie nie ein Problem war. Die Versorgungssicherheit sei immer gewährleistet gewesen. Das heisst, die Beschaffung mittels Importen habe immer funktioniert. Zudem seien heute nur 1 Prozent der Ackerfläche Biodiversitätsförderflächen. Die Minderheit wehrt sich für den Ausbau der Biodiversitätsförderflächen auf der offenen Ackerfläche. Bei der Motion Gapany ist die Mehrheit der Kommission der Meinung, dass der Landwirtschaft Reduktionsziele vorgegeben werden sollen, die auch realistisch und erreichbar sind. Wir erinnern uns: Im letzten Jahr wollte der Bundesrat bei der Beratung der parlamentarischen Initiative 19.475 bezüglich Stickstoff und Phosphor eine Reduktion der Nährstoffverluste um 20 Prozent ins Gesetz schreiben. Das Parlament hat diese Zahl bereits im letzten Jahr aus der Vorlage rausgestrichen und ins Gesetz geschrieben, dass angemessen reduziert werden soll. Der Bundesrat sollte dazu die Kantone und die betroffenen Produzenten- und Branchenorganisationen anhören. Das hat der Bundesrat in diesem Frühjahr gemacht. Was haben diese Organisationen und die Kantone in der Mehrheit gesagt? Bereits ein Reduktionsziel von 10 Prozent sei sehr ambitioniert. Es brauche grosse Anstrengungen der Landwirtschaft, um eine solche Reduktion der Stickstoffemissionen zu erreichen. Deshalb solle ein Reduktionsziel vorgegeben werden, das besser erreichbar sei. Zudem wurde in der Kommission auch kritisiert, dass der Bundesrat selbst nicht ausweisen konnte, wie eine Reduktion von 20 Prozent erreicht werden soll. Im Parlament wurde im letzten Jahr erwähnt, dass die Reduktion um 20 Prozent nur mit einem massiven Abbau der Tierbestände zu erreichen wäre. In der Kommission wurden diese Befürchtungen bestätigt. Auch hier ist die Mehrheit der Kommission der Ansicht, dass es nicht angehe, die Produktion in der Schweiz herunterzufahren und stattdessen auf Importe zu setzen. Mit den vorgeschlagenen Massnahmen des Bundesrates sinkt der Selbstversorgungsgrad in der Schweiz. Bereits heute haben wir den tiefsten Selbstversorgungsgrad seit dem Zweiten Weltkrieg. Eine Kommissionsminderheit ist der Ansicht, dass das Reduktionsziel von 20 Prozent zu tief angesetzt sei. Eigentlich brauche es ein Ziel von minus 30 Prozent, sonst seien die Umweltziele in der Landwirtschaft nicht zu erreichen. Die Motion Chiesa will eine zeitliche Verschiebung der 3,5-Prozent-Regel. Die Mehrheit der Kommission weist darauf hin, dass eine gleichlautende Motion im Nationalrat bereits Schiffbruch erlitten hat, weshalb die Motion abzulehnen sei. Die Motion Salzmann will inhaltlich Ähnliches wie die Motion Gapany. Sie ist aber offener formuliert und will die Abhängigkeit vom Ausland reduzieren, was im Grundsatz zu begrüßen ist. Eine gleichlautende Motion wurde aber vom Nationalrat bereits abgelehnt. Daher lehnt die Mehrheit der Kommission diese Motion ab. Eine Minderheit unterstützt die Reduktion der Auslandsabhängigkeit bei den Nahrungsmitteln. Ich bitte Sie im Namen der Mehrheit der Kommission, die Motionen Rieder und Gapany zu unterstützen und die Motionen Chiesa und Salzmann abzulehnen.

Feller Olivier (RL, VD), pour la commission: C'est le 15 novembre dernier que la Commission de l'économie et des redevances a examiné les quatre motions qui nous sont aujourd'hui soumises.





La motion 22.3606 charge le Conseil fédéral, en des termes généraux, d'élaborer un train de mesures permettant de réduire la dépendance de la Suisse aux importations de denrées alimentaires.

La majorité de la commission vous propose de rejeter cette motion. Il y a une proposition de minorité portée par notre collègue Esther Friedli qui vise à demander au Conseil national d'accepter cette motion.

La majorité de la commission estime que cette motion va trop loin et qu'elle remettrait en question tout le train d'ordonnances adopté par le Conseil fédéral le 13 avril dernier en vue de réduire le risque de l'utilisation des pesticides.

La motion 22.3567 charge le Conseil fédéral de reporter l'introduction, dans l'ordonnance sur les paiements directs, de l'exigence selon laquelle il faut consacrer 3,5 pour cent des surfaces assolées à la biodiversité.

La majorité de la commission vous propose de rejeter cette motion. Aucune proposition de minorité n'a été déposée. Il se trouve que le Conseil fédéral a, de fait, déjà mis en oeuvre la demande contenue dans la motion, puisque le train d'ordonnances adoptées par le Conseil fédéral le 13 avril dernier entrera en vigueur le 1er janvier 2024, et non le 1er janvier 2023, comme c'était initialement prévu.

La motion 22.3610 vise la suppression de l'obligation décrétée par le Conseil fédéral d'affecter au moins 3,5 pour cent des terres assolées à des surfaces de promotion de la biodiversité au titre des prestations écologiques requises. La majorité de la commission vous propose d'accepter cette motion. Une proposition de minorité portée par notre collègue Kathrin Bertschy prévoit de rejeter cette motion.

La majorité de la commission estime qu'il est insensé de vouloir geler 3,5 pour cent des surfaces assolées dans chaque exploitation, ce qui représenterait l'équivalent de 9400 hectares.

Une telle mesure aurait pour conséquence d'affecter de façon définitive les meilleures terres cultivables à la promotion de la biodiversité. Ce gel forcé des terres arables affaiblirait la sécurité alimentaire dans notre pays, notamment en matière de production végétale, alors que d'aucuns voudraient voir l'agriculture indigène reconquérir le marché des protéines pour l'alimentation humaine.

Sur un plan général, rappelons que la sécurité alimentaire est ancrée dans la Constitution fédérale depuis l'année 2017. La guerre en Ukraine et les crises qu'elle a déclenchées, notamment en matière d'approvisionnement en nourriture, montrent aujourd'hui l'importance du principe de la sécurité alimentaire.

Enfin, la motion 22.3795 veut revoir à la baisse l'objectif de réduction de 20 pour cent des pertes des éléments fertilisants fixé par le Conseil fédéral. La majorité de la commission propose d'accepter cette motion. Une proposition de minorité vise le rejet de cette motion, proposition portée par notre collègue Kathrin Bertschy.

La majorité de la commission constate que, lors de la consultation publique relative au train d'ordonnances visant à réduire le risque de l'utilisation des pesticides, il s'était avéré que, pour l'azote et le phosphore, une réduction de 20 pour cent n'était pas réaliste pour de nombreux acteurs, sauf à admettre une diminution drastique du cheptel dans notre pays ou une extensification complète de la production vivrière. Malgré cet avertissement, le Conseil fédéral a maintenu ce taux dans les ordonnances qu'il a adoptées. Cela doit être corrigé.

Friedli Esther (V, SG): Ich spreche für meine Minderheit zur Motion 22.3606. Die Motion verlangt, dass der Bundesrat beauftragt wird, ein Massnahmenpaket auszuarbeiten, welches die Abhängigkeit der Versorgung der Schweizer Bevölkerung von ausländischen Nahrungsmitteln verringert. Aktuell liegt der Bruttoselbstversorgungsgrad in der Schweiz bei 57 Prozent, der Nettoselbstversorgungsgrad nur noch bei 49 Prozent, Tendenz klar sinkend. Das ist der tiefste Selbstversorgungsgrad seit dem Zweiten Weltkrieg. Das bedeutet, dass die Schweiz nur noch jede zweite Person selbst ernähren kann. Das ist verheerend, denn Essen und Trinken sind unsere Grundbedürfnisse. Ohne sie zu befriedigen, geht es nicht.

Die Importe sind in den letzten Jahren richtiggehend durch die Decke gegangen, zum Beispiel beim Weizen: Hier stiegen die Importe von 284 000 Tonnen im Jahr 2000 auf 371 000 Tonnen im Jahr 2020. Die Importe von pflanzlichen Ölen und Fetten stiegen von 95 000 Tonnen im Jahr 2000 auf 133 000 Tonnen im Jahr 2020 an. Beim Fleisch stiegen die Importe von 92 000 Tonnen im Jahr 2000 auf 189 500 Tonnen im Jahr 2020 an. So kann es nicht weitergehen. Daher ist es zentral, dass wir sicherstellen, dass so viele Nahrungsmittel wie möglich bei uns in der Schweiz produziert werden. Es kann doch nicht sein, dass sich unsere Politik primär auf den Import ausrichtet.

Dass dies falsch ist, haben wir schon bei der Energiepolitik gesehen. Wollen wir hier in das gleiche Problem

AB 2022 N 2387 / BO 2022 N 2387

hineinlaufen? Wollen Sie, dass Sie anstatt über Stromknappheit über Nahrungsmittelknappheit sprechen werden? Doch was macht der Bundesrat, mitten im Ukraine-Krieg, mit seinen Entscheiden vom 13. April dieses Jahres? Er will die Produktion der Nahrungsmittel in der Schweiz drosseln. Er will, dass der Selbstversorgungs-



grad in der Schweiz sinkt, obwohl die Zuwanderung und das Bevölkerungswachstum im Moment so hoch wie selten zuvor sind. Hier braucht es umgehend Korrekturen.

Mit der Zustimmung zu den Motionen Gapany 22.3795, "Ziel zur Verringerung von Nährstoffverlusten senken", und Rieder 22.3610, "Nahrungsmittelproduktion hat Vorrang", machen wir einen ersten Schritt, mit dem der Bundesrat beauftragt wird, auf seine Entscheide in Bezug auf die Reduktion der Nährstoffverluste und den Anteil der Biodiversitätsförderflächen auf Ackerflächen zurückzukommen. Doch es braucht noch mehr. Es braucht ein Massnahmenpaket. Es müssen alle Entscheide vom April 2022 überdacht werden. Wir brauchen eine zukunftsgerichtete Landwirtschaftspolitik, welche die einheimische Nahrungsmittelproduktion verstärkt berücksichtigt und ins Zentrum setzt, eine Politik, die den Bauernfamilien eine Zukunft und eine Perspektive bietet.

Daher bitte ich Sie, meiner Minderheit zu folgen und die Motion Salzmann anzunehmen.

Bertschy Kathrin (GL, BE): Die Minderheit bittet Sie, die Motionen Gapany und Rieder abzulehnen. Sie sind undemokratisch. Es gibt hier Volksentscheide, basierend auf Gegenvorschlägen, deren Inhalt vor der Abstimmung bekannt war. Ich erinnere Sie alle daran: Wir haben hier in diesem Parlament die Agrarpolitik sistiert. Es wurden drei Agrar-Initiativen aus der Bevölkerung vorgelegt. Sie adressierten Probleme mit zu hohen Werten hinsichtlich Nährstoffen und Pestiziden, und die Politik hat den Handlungsbedarf bejaht. Wir haben hier im Parlament einen Absenkpfad Nährstoffe und Pestizide beschlossen. Der Bundesrat hat im April vor den Abstimmungen zur Pestizid-Initiative und zur Trinkwasser-Initiative im Juni 2021 die Vernehmlassung eröffnet und Klarheit geschaffen, mit welchen Massnahmen und Instrumenten die gesetzlich festgelegten Absenkpfade erreicht werden sollen. Der Schweizerische Bauernverband hat im Abstimmungskampf argumentiert: Wir machen das strengste Gesetz Europas.

Der Bundesrat hat gesagt, das Problem werde mit einem Gegenvorschlag angegangen, und er hat uns vorgelegt, welches die Massnahmen sein würden. Diese Versprechen, die vor der Abstimmung bekannt waren, machen Sie hier jetzt scheibchenweise mittels Mikromanagement rückgängig.

Ich komme zur Motion Gapany: Um die Tragfähigkeit der Ökosysteme sicherzustellen, müssen die Stickstoffverluste um mindestens 30 000 Tonnen reduziert werden; das sind 30 Prozent. Wir haben das x-fach gehört, der Bundesrat schreibt das wiederholt. Obwohl wir für die Tragfähigkeit der Ökosysteme ein Ziel von 30 Prozent bräuchten, haben wir nur ein 20-Prozent-Ziel gesetzt, und das will die Motion Gapany jetzt weiter senken. Die Überlegung hinter der parlamentarischen Initiative 19.475, "Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren", war ja, dass die Branche den Überschuss selbstverantwortlich reduzieren soll. Diese 20 Prozent muss sie nicht alleine erbringen. Um 11 Prozent wird bereits durch Massnahmen wie den Einsatz des Schleppschlauchs oder die angepasste Fütterung reduziert. Die Branche muss noch 9 Prozent beitragen, und das kann nun mal nur sie tun.

Die Überschüsse stammen zu 93 Prozent aus der Landwirtschaft. Es ist möglich, mit Hofdünger statt mit importiertem Mineraldünger zu düngen. Ich konnte vorgestern in der Zeitung "Schweizer Bauer" lesen, dass "die sensorbasierte, variable Düngung durchschnittlich 13 Prozent weniger Stickstoffdünger als die Standarddüngung brauchte und den Stickstoffüberschuss um 32 Prozent reduzierte, ohne den Ertrag auf fünf von sieben Feldern zu beeinträchtigen".

Die 20 Prozent sind ein Minimalziel für den Schutz der Gesundheit. Die Stickstoffemissionen belasten die Gesundheit der Menschen und verursachen durch die Luftverschmutzung medizinische Kosten. Es gab hier vorhin eine Frage zu diesen Emissionen. Ich kann Ihnen einfach Folgendes darlegen: Die Akademien der Wissenschaften Schweiz haben das untersucht und sagen, dass Stickstoffemissionen aus der Landwirtschaft in der Schweiz externe Kosten in Höhe von 516 bis 2580 Millionen Franken verursachen – pro Jahr. Am höchsten sind dabei die medizinischen Kosten, die durch die Luftverschmutzung verursacht werden.

Es ist aber auch ein Minimalziel für die Sicherheit vor Naturgefahren. Denn 90 Prozent der Wälder in der Schweiz sind überdüngt, und das ist nicht irgendein Wald: Das sind Schutzwälder. Diese schützen uns vor Lawinen, vor Überschwemmungen, vor Felsstürzen. Folglich ist es keine gescheite Idee, diese Schutzwälder weiter zu schwächen.

Dann noch zur Motion Rieder: Sie bekämpft den 3,5-Prozent-Anteil an Biodiversitätsförderflächen im Ackerbau. Auch diese Massnahme war vor der Abstimmung bekannt. Die Biodiversitätsförderflächen machen derzeit kaum mehr als 2 Prozent des Ackerlandes aus. 60 Prozent, Herr Dettling, werden für die Produktion von Tierfutter und nur 38 Prozent für die direkte menschliche Ernährung verwendet, wenn wir hier schon von der Produktion für Brot sprechen. Wenn Sie die Produktion erhöhen möchten, dann braucht es erstens nicht mehr Flächen für die Produktion von Tierfutter, sondern mehr Flächen für die Produktion von Kartoffeln und Hülsenfrüchten, die dann direkt auf den Tisch kommen. Zweitens können Sie die Lebensmittelverschwendung



eindämmen. Drittens können Sie die Böden vor Überbauung schützen. Das sind die drei grossen Hebel für die Ernährungssicherheit in diesem Land, zugleich bilden sie die Produktionsgrundlage für die Landwirtschaft. Die Reduktion der Biodiversitätsförderflächen ist keiner dieser Hebel, im Gegenteil, sie gefährdet die Ernährungssicherheit. Auf diesen Flächen werden Nützlinge und Bestäuber gefördert, welche zur Bekämpfung von Schädlingen in landwirtschaftlichen Kulturen und für die langfristige Sicherung der Bestäubung immens wichtig sind. Das ist der Grund, weshalb diese Flächen ins Ackerland gehören. Es gibt Studien von Agroscope, die zeigen, dass es dann auf Winterweizenfeldern 50 Prozent und auf Kartoffelfeldern 75 Prozent weniger Blattläuse gibt. Dank diesen Nützlingen kann auch der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln reduziert werden. Das reduziert die Kosten der Betriebe. Sie haben weniger Schäden an den Kulturen, und das führt zu einer Produktionssteigerung.

Wenn die Nahrungsmittelproduktion wirklich Vorrang haben soll, dann dürfen wir eben genau nicht diese Biodiversitätsförderflächen im Ackerbau streichen. Sie sind die beste Investition in die langfristige Produktion und Ernährungssicherheit.

Haab Martin (V, ZH): Frau Kollegin Bertschy, Sie haben erwähnt, dass wir einen grossen Teil unserer Ackerflächen für die Produktion von Tierfutter nutzen. Sie haben auch gesagt, dass wir in Zukunft unsere Pflanzen mehr mit Gülle und weniger mit Kunstdünger oder zugekauften Nährstoffen düngen sollen. Wo wollen Sie diesen Hofdünger hernehmen, wenn wir weniger Tiere halten, weil wir sie nicht mehr füttern können?

Bertschy Kathrin (GL, BE): Sie können in der vorgestrigen Ausgabe des "Schweizer Bauer" nachlesen, wie Sie das zum Beispiel machen können.

Egger Mike (V, SG): Frau Kollegin Bertschy, Sie haben von der Gesundheit der Leute gesprochen. Stimmen Sie mir zu, dass die Nahrungsmittel, produziert von den Schweizer Bauern, der Grundstein für die Gesundheit sind?

Bertschy Kathrin (GL, BE): Mit viel mehr pflanzlicher Ernährung und Produktion und weniger Tierfutterproduktion steigert sich die Gesundheit unserer Menschen im Land erheblich, weil wir dann auch weniger Emissionen haben.

Nicolet Jacques (V, VD): Chère collègue Bertschy, vous avez évoqué une réduction de la biodiversité. On ne

AB 2022 N 2388 / BO 2022 N 2388

parle pas de réduction de la biodiversité. Pouvez-vous me confirmer que nous examinons bien des propositions dont le but est de maintenir la biodiversité dans son état actuel et de ne pas accorder les 3,5 pour cent de surfaces de terres ouvertes aux nouvelles surfaces de biodiversité, soit 10 000 hectares supplémentaires?

Bertschy Kathrin (GL, BE): Nein, das ist nicht korrekt. Sie wollen diese 3,5 Prozent Biodiversitätsförderflächen im Ackerbau streichen. Es braucht sie aber genau auf diesen offenen Ackerflächen, weil sie sonst am falschen Ort sind und die Qualität nicht stimmt. Wir brauchen diese Biodiversitätsförderflächen dort. Das ist eine Massnahme, die schon vor der Abstimmung über die Trinkwasser-Initiative und die Pestizid-Initiative bekannt war.

Aebi Andreas (V, BE): Frau Bertschy, zu diesen 3,5 Prozent: Wir haben bis 17 Prozent Biodiversitätsförderflächen, aber sie sind zum Teil nicht am richtigen Ort. Gehen Sie mit mir nicht auch einig, dass sich mit diesem leidigen Ukraine-Krieg vieles verändert hat? Das müssen wir hier klar aufs Tapet bringen. Gehen Sie mit mir nicht auch einig, dass wir besser die Biodiversitätsförderflächen, die wir bereits haben, besser ausnützen, statt zusätzliche 3,5 Prozent draufzulegen?

Bertschy Kathrin (GL, BE): Es sind nicht zusätzliche 3,5 Prozent. Diese 3,5 Prozent müssen Teil des Ackerlands sein, damit wir das erreichen, was wir wollen. Wie ich es vorhin ausgeführt habe, wollen wir Nützlinge haben, die Schädlinge bekämpfen. Dann hat man weniger Pestizidverbrauch. Das hilft dem Absenkepfad Pestizide. Darum ist es so wichtig, dass diese Flächen dort angesiedelt sind.

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Les motions qui vous sont soumises ici demandent au Conseil fédéral de renforcer la sécurité de l'approvisionnement. En effet, les auteurs de ces motions estiment que la sécurité de l'approvisionnement est menacée en raison des conséquences de la guerre en Ukraine, de notre dépendance aux importations et des décisions du Conseil fédéral du 13 avril dernier relatives à la mise en oeuvre de



l'initiative parlementaire 19.475. La trajectoire de réduction des pertes d'éléments fertilisants et l'exigence de 3,5 pour cent de surface de promotion de la biodiversité sur les terres assolées sont notamment visées.

L'avis du Conseil fédéral est le suivant: premièrement, rappelons que l'approvisionnement de la Suisse en aliments vitaux est actuellement assuré. La population a accès en tout temps à des aliments de bonne qualité, à un prix abordable et en quantité suffisante. La Confédération soutient activement cet objectif par des mesures dans les domaines de la production, des ventes, des paiements directs, des améliorations structurelles, ainsi que de la recherche, de la vulgarisation et de la promotion de l'élevage. Venons-en maintenant à la stratégie du Conseil fédéral à long terme pour renforcer la sécurité alimentaire.

L'article 104a de la Constitution fédérale exige que la Confédération crée des conditions pour que la sécurité alimentaire de la Suisse reste assurée à long terme. Dans son rapport "Orientation future de la politique agricole" du 22 juin dernier, le Conseil fédéral place la sécurité alimentaire précisément au coeur de sa vision à long terme. Cependant, maintenir le taux d'auto-approvisionnement tout en respectant la capacité de charge des écosystèmes reste un défi majeur. Compte tenu de l'augmentation de la population, ce taux ne peut être maintenu que si certaines conditions sont respectées. Les sols agricoles doivent être préservés en quantité et en qualité, le progrès technique mis en oeuvre, et les variétés et races résistantes développées.

De plus, il faut que les terres assolées soient davantage affectées à des cultures destinées à l'alimentation humaine. Par ailleurs, il est essentiel que les adaptations de la production soient synchronisées avec celles des modèles de consommation et que les pertes de denrées alimentaires soient réduites. Il faut éviter à tout prix un transfert de la charge environnementale à l'étranger par une augmentation des importations.

Je vais aborder maintenant plus précisément les éléments mentionnés dans les différentes motions.

Les motions Chiesa 22.3567 et Rieder 22.3610 concernent, quant à elles, l'introduction de l'exigence minimale de 3,5 pour cent de surfaces de promotion de la biodiversité sur les terres assolées. Les surfaces de promotion de la biodiversité supplémentaires exigées avec le minimum fixé à 3,5 pour cent couvriront quelque 9400 hectares. L'exigence minimale peut être remplie pour moitié par la production de céréales en lignes de semis espacées. Ce mode de production est favorable à la biodiversité, économiquement intéressant, avec un rendement légèrement inférieur au rendement courant.

Les conséquences de l'augmentation des surfaces de promotion de la biodiversité sur la production devraient dans l'ensemble rester limitées, d'autant plus que les surfaces de promotion de la biodiversité ne sont certainement pas aménagées sur les terres les plus productives ou qu'elles remplaceront des prairies temporaires. Contrairement à la bétonisation, ces surfaces de promotion ne soustraient pas de terres cultivables à la production de denrées alimentaires.

Par ailleurs, cela a été dit, au lieu de l'échéance prévue dans le texte mis en consultation, qui était fixée à 2023, l'application a été différée d'un an et reportée à 2024.

La motion Salzmann 22.3606 évoque notre dépendance aux importations qui serait renforcée par les décisions relatives à la mise en oeuvre de l'initiative parlementaire 19.475. Il est important de relever que les importations dépendent de nombreux facteurs. Il s'agit notamment de la protection douanière, de l'expansion démographique, des fluctuations de prix sur le marché intérieur ainsi que sur les marchés étrangers. Du point de vue de l'offre, elles sont aussi déterminées par les variations que subissent les récoltes du fait de facteurs météorologiques, tels que la sécheresse par exemple.

Par comparaison, les mesures prévues dans le train d'ordonnances relatif à l'initiative 19.475 n'auront vraisemblablement qu'une faible incidence sur les importations de denrées alimentaires.

En ce qui concerne la motion Gapany 22.3795, le Parlement, vous Mesdames et Messieurs, avez chargé le Conseil fédéral par l'initiative parlementaire 19.475 de fixer les objectifs appropriés pour la réduction des pertes d'azote et de phosphore dans l'agriculture, un objectif de réduction ambitieux dont la réalisation implique que les interprofessions prennent leurs propres mesures correspondant à la volonté du législateur. Selon les nouvelles connaissances, les pertes de phosphore peuvent être réduites d'environ 18 pour cent et celles d'azote de quelque 11 pour cent grâce aux mesures du train d'ordonnances visant à mettre en oeuvre l'initiative parlementaire 19.475 ainsi qu'à d'autres dispositifs déjà arrêtés, comme l'obligation d'adopter des techniques de stockage et d'épandage du lisier réduisant les émissions.

L'initiative parlementaire 19.475, qui a été adoptée par le Parlement, prévoit que les interprofessions prennent des mesures supplémentaires pour diminuer les pertes d'éléments fertilisants. La réalisation des objectifs définis dépend, d'une part, de la participation du secteur agricole à l'action de la Confédération et, d'autre part, de l'efficacité des mesures prises par les interprofessions.

Je vous rappelle que, lors du traitement de cette initiative parlementaire 19.475, le Parlement lui-même a explicitement renoncé à fixer un objectif de réduction des pertes de nutriments au niveau de la loi et a délégué cette tâche au Conseil fédéral. La motion Gapany est donc, en quelque sorte, en contradiction avec la décision



initiale du Parlement de déléguer au Conseil fédéral cette compétence de fixer les objectifs.

En conclusion, je tiens à souligner que, dans son rapport en réponse aux postulats 20.3931 et 21.3015 du 22 juin 2022, le Conseil fédéral place la sécurité alimentaire au centre de sa vision à long terme. Assurer un approvisionnement alimentaire résilient est une des quatre orientations stratégiques. Par conséquent, il prévoira également des mesures

AB 2022 N 2389 / BO 2022 N 2389

dans le cadre d'une prochaine étape de la politique agricole si l'objectif de 50 pour cent net d'autosuffisance n'est pas atteint.

En conséquence, le Conseil fédéral vous propose de rejeter les quatre motions.

22.3567

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Die Kommission und der Bundesrat beantragen die Ablehnung der Motion.

Abgelehnt – Rejeté

22.3606

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Die Mehrheit der Kommission und der Bundesrat beantragen die Ablehnung der Motion. Eine Minderheit Friedli Esther beantragt die Annahme der Motion.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.3567/26000)

Für Annahme der Motion ... 85 Stimmen

Dagegen ... 104 Stimmen

(1 Enthaltung)

22.3610

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Die Mehrheit der Kommission beantragt die Annahme der Motion. Eine Minderheit Bertschy und der Bundesrat beantragen die Ablehnung der Motion.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.3567/26001)

Für Annahme der Motion ... 89 Stimmen

Dagegen ... 97 Stimmen

(4 Enthaltungen)

22.3795

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Die Mehrheit der Kommission beantragt die Annahme der Motion. Eine Minderheit Bertschy und der Bundesrat beantragen die Ablehnung der Motion.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Wintersession 2022 • Elfte Sitzung • 14.12.22 • 15h00 • 22.3567
Conseil national • Session d'hiver 2022 • Onzième séance • 14.12.22 • 15h00 • 22.3567



Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.3567/26003)

Für Annahme der Motion ... 93 Stimmen

Dagegen ... 90 Stimmen

(7 Enthaltungen)

Schluss der Sitzung um 19.10 Uhr

La séance est levée à 19 h 10

AB 2022 N 2390 / BO 2022 N 2390

